

Bern, 16. Mai 2013

Parolenfassung der SD- Mitgliederversammlung des Kanton Berns vom 14. Mai 2013 in Bern für die Volksabstimmung vom 9. Juni 2013:

Eidgenössische Vorlagen:

JA zu den dringlichen Änderungen des Asylgesetzes:

Letztes Jahr wurden ca. 28'600 Asylgesuche eingereicht, was einer Zunahme von 27% entspricht. 70 – 80% der Gesuchsteller sind sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge und haben keinerlei Chancen für eine Aufnahme. Somit findet mit der Errichtung von zentral verwalteten Bundeszentren sowie den geplanten Testphasen die längst fällige Beschleunigung der Verfahrensbearbeitung statt, sodass mindestens die vorgesehenen 60% der Anträge schnellstmöglich behandelt und abgeschlossen werden können. Die Festsetzung der maximalen Bearbeitungsdauer von 140 Tagen und die verkürzten Beschwerdefristen müssen rasch umgesetzt werden. Auch im europäischen Vergleich verfügt die Schweiz über eine sehr hohe Gesuchszahl, wobei eine Verminderung der Standortattraktivität von grösster Priorität ist. Ein Botschaftsgesuch kann man beispielsweise nur noch in der Schweiz einreichen. Dieser Fehlanreiz ist, wie auch Wehrdienstverweigerung und Desertion als Asylgrund, umgehend abzuschaffen. Zudem sind die Kriminaldelikte unter den Asylbewerbern um 39% angestiegen. Damit die lokale Bevölkerung nicht zusätzlichen Gefahren ausgesetzt wird, sollen die verantwortlichen Behörden renitente Asylsuchende bis zu ihrer Ausschaffung in speziellen Zentren unterbringen. Die Schweizer Demokraten (SD) des Kantons Bern betrachten diese dringlichen Änderungen des Asylgesetzes, trotz fehlender zusätzlicher Verschärfungen, als wichtigen ersten Schritt und haben deshalb einstimmig die Ja-Parole beschlossen.

Stimmfreigabe zur Volksinitiative „Volkswahl des Bundesrates“:

Zum einen stellt das Begehren einen Ausbau der Volksrechte dar. Der Bundesrat müsste seine Arbeit nun auch gegenüber dem Volk rechtfertigen, ansonsten die Möglichkeit einer Abwahl bestünde. Unfares und bisweilen hinterlistiges Geplänkel seitens des Parlamentes könnte man verhindern. Andererseits hätte eine Volkswahl die Entstehung eines Gremiums von ideologischen teilweise ich-bezogenen Alphantern zur Folge. Eine solche Gruppe wäre kaum in der Lage, als Kollegialbehörde gemeinsam Sachgeschäfte zu vertreten. Des Weiteren würde, wie bereits heute in den Kantonen und Gemeinden, der gesamte Wahlkampf von der Exekutive (Bundesrat) geprägt, sodass kleine Parteien ohne Regierungskandidaten (oder chancenlosen Kandidaten) von vornherein nur wenig Medienpräsenz bekämen. Finanzielle Kapazitäten hätten eine noch grössere Bedeutung. Die Schweizer Demokraten (SD) bemerken, dass man der oftmals mangelnden Schlagkräftigkeit der Landesregierung eher mit Reformen wie einer Erweiterung des Bundesrates oder der Stabsmitarbeiter (auch Unterhändler) entgegenzutreten sollte. Der Bundespräsident müsste für zwei oder drei Jahre gewählt werden können. Da die Meinungen allgemein sehr verschieden waren, beschlossen die Schweizer Demokraten (SD) des Kantons Bern Stimmfreigabe und verzichten auf eine Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident